

Berlin, 09.05.2012



Friedrich Ostendorff
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Zukunft der Tierhaltung ist bäuerlich!

10 Thesen zum Kampf gegen multiresistente Keime und Antibiotikamissbrauch in der Tierhaltung

von Friedrich Ostendorff MdB, agrarpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. **NRW ist vorangegangen:** Im November 2011 hat Johannes Remmel, Minister für Klima, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen, seine Studie zum Antibiotikaeinsatz in der Hähnchenhaltung vorgestellt. Diese Studie war bahnbrechend, hat sie doch zum ersten Mal Klarheit darüber geschaffen, dass Antibiotika in der Tiermast massenhaft zur Prävention und –trotz Verbot- als Leistungsförderer eingesetzt werden. Als Konsequenz hat Rot-Grün in NRW umgehend ein 9-Punkte-Programm zur Antibiotikareduktion vorgelegt.
2. **Ministerin Aigner hält sich an den Grundton ihres Krisenmanagements: Immer betroffen – nie verantwortlich.** Auch nach Bekanntgabe der Daten zum Antibiotikaeinsatz hat sich die Regierung in Person von Ministerin Aigner nur schleppend den Fakten gestellt. Erst als der BUND im Januar 2012 eine Studie über mit multiresistenten Keimen kontaminiertes Fleisch veröffentlichte, geriet ein wenig Bewegung in den Regierungsapparat. Eilig präsentierte man ein paar Vorschläge, mit denen man der Antibiotika-Krise begegnen wollte.
3. **Frau Aigner, wir warten noch:** Die angekündigten gesetzlichen Maßnahmen sollten bis spätestens Anfang März durch Kabinett und Bundestag gebracht worden sein. Bis heute – also weitere 2 Monate später – liegt nichts vor. Als Grund für die Verzögerungen im Betriebsablauf werden weitere Veränderungen des Ursprungsentwurfes angeführt, die noch einzuarbeiten wären. Die Länder sollen zukünftig bessere Möglichkeiten haben, Daten zum Antibiotikaeinsatz zu erheben. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, aber der aktuelle Stand ist:
4. **Es gibt immer noch keinen Rahmen für eine risikoorientierte Dokumentation des Antibiotikaverbrauchs.** Die zeitnahe Erfassung von Antibiotikadaten auch im Hinblick auf eine mögliche strafrechtliche Verfolgung durch die Landeskontrollbehörden ist zurzeit noch nicht möglich. Hier wurde in den letzten Jahren viel Zeit verschwendet, weil die Lobby-Verbände der Tierindustrie in den Vorhöfen der schwarz-gelben Regierungen in Bund und Ländern erfolgreich alle Maßnahmen verhindert haben, die für Transparenz und bessere Kontrollen wichtig gewesen wären. Nun dreht die Bundesregierung das Spiel um und sagt: Wir handeln nicht, weil wir nicht genug Datenmaterial haben. Diese Verhinderungs-Taktik der Bundesregierung ist angesichts des bekannt gewordenen massiven Antibiotikaeinsatzes in den Tierhaltungen unverantwortlich; denn:

5. **Der Patient liegt auf dem Operationstisch: Daten und Analysen bleiben wichtig– aber jetzt kommt es auf den Eingriff an.** Wenn Studien belegen, dass gerade die industrielle Massentierhaltung nicht ohne den massiven, permanenten Einsatz von Antibiotika auskommt, dann sind Maßnahmen für einen grundlegenden Umbau der Tierhaltung die logische und notwendige Konsequenz. Das bedeutet:
6. **Wir brauchen einen grundlegenden Umbau der Haltungssysteme:** Studien zeigen, dass Tiere, die in artgerecht gehalten werden, ein Mindestangebot an Platz und Auslauf haben, weniger Antibiotika brauchen, als ihre Artgenossen in der industriellen Tierhaltung . Tiergerechte Haltung, das bedeutet: Weniger Stress, mehr Platz, Einstreu und Frischluft und dadurch weniger Krankheitsanfälligkeit. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Vorgaben endlich nachzubessern und konsequent tierschutzgemäße Haltungparameter festzulegen.
7. **Qualzuchten beenden – vorprogrammiertes Leid verhindern!** Gerade bei der industriellen Massentierproduktion gab es in den letzten Jahrzehnten vor allem ein Zuchtziel: Möglichst hohe Leistung ohne Rücksicht auf die Tiergesundheit. Viel Fleischwachstum, eine hohe Milchleistung und möglichst viele Eier wurden als Garantien für hohen Gewinn angesehen. Doch dieses System basiert auf dem Einsatz von Antibiotika, die Erkrankungen, wie Mastitis bei Milchkühen oder Entzündungen der Fußballen bei Mastgeflügel, eindämmen. Diesem Trend muss die Regierung endlich entgegen wirken, indem sie solche Qualzuchten verbietet. Generell muss die Lebensleistung der Tiere wieder zum Zuchtkriterium werden. Außerdem sind längere Mindestmastzeiten vorzusehen.
8. **Das einzelne Tier in den Fokus rücken – prophylaktische Massenmedikation beenden.** In bäuerlichen Tierhaltungen können kranke Tiere meist einzeln behandelt und bei Ansteckungsgefahr von den anderen Tieren isoliert werden. In Massenbeständen müssen dagegen zwangsläufig alle Tiere behandelt werden, auch wenn nur eines erkrankt ist. Das treibt den Verbrauch von Antibiotika in die Höhe und fördert die Bildung von gesundheitsgefährdenden multiresistenten Keimen. Es muss daher im Arzneimittelgesetz klar definiert werden, wie eine „ordnungsgemäße Behandlung“ von Tieren auszusehen hat.
9. **Mengenrabatte für Antibiotika verbieten!** Es darf sich in Zukunft nicht mehr lohnen, große Mengen an Antibiotika zu verschreiben oder zu beziehen. Profiteure der Mengenrabattierung sind Großtierarztpraxen und Massentierhaltungen. Verlierer sind die Tierärzte, die jedes einzelne Tier ordentlich behandeln und Antibiotika nur im Bedarfsfall verschreiben. Diese Unwucht darf nicht fortbestehen!
10. **Wir brauchen eine jährliche Antibiotikakonferenz von Bund und Ländern.** Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Forderung der NRW-Landesregierung, die von den anderen Bundesländern bekräftigt wurde endlich aufzunehmen. Die Maßnahmen zur Antibiotika-Reduktion müssen umfassend und fortlaufend evaluiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Bundesregierung, dass sie ihrer Verantwortung gerecht wird und diesen Prozess koordiniert.